

Zielstrebige

Weiterführung der

Vblksausspradie

Von
Paula Ackev

Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Tag, an dem die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Abgeordneten zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen wählen wird. Die große Volksaussprache über die auf dem VII. Parteitag beschlossene Perspektive zur Vollendung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, über das Manifest an alle Bürger der DDR und über den Wahlauftritt des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist in vollem Gange. Die Abgeordneten gaben -vor der Bevölkerung Rechenschaft darüber, wie sie ihre Aufträge, die sie von ihren Wählern erhielten, erfüllt haben. Die Werktätigen in den industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, in den Hochschulen, Verwaltungen und Wohngebieten haben ihre Wählervertreter und die Mitglieder der Wahlkommissionen gewählt. Auf den gegenwärtig laufenden Wählervertreterkonferenzen wird im Zusammenhang mit der Diskussion über die zukünftigen Aufgaben auch über die vorgeschlagenen Kandidaten beraten; denn sie werden in erster Linie damit beauftragt sein, über die einzelnen Etappen der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung in unserem Staat zu beschließen und die Mitarbeit aller Werktätigen organisieren zu helfen.

Freie Wahlen — Ausdruck sozialistischer Demokratie

So sind die Kandidaten der Nationalen Front, 8 bevor sie der Bevölkerung zur Wahl gestellt werden, bereits auf ihre Eignung und ihre Fähigkeiten geprüft. Alle Schichten der Bevölkerung unserer Republik sind an der Wahlvorbereitung und der Auswahl der Kandidaten beteiligt; jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich

vor der Wahl sehr eingehend mit den zukünftigen Aufgaben und seiner Volksvertretung zu beschäftigen und unsere sozialistische Demokratie für die eigene Entscheidung zu nutzen. Im Wahlauftritt der Nationalen Front heißt es dazu: „Bei uns gestalten die Millionen ihr Leben und die Politik des Staates selbst. Wir stimmen für das, was unter unseren eigenen Händen wächst.“

Im imperialistischen Westdeutschland gibt es am Ende einer Legislaturperiode keine Verpflichtung für die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, vor den Wählern über ihre Arbeit und über die Erfüllung gemachter Versprechungen Rechenschaft abzulegen. Nicht ein gemeinsames Ziel — so das Ziel, das Wohl des Volkes zu fördern, Frieden und soziale Sicherheit zu garantieren — eint die Parteien im westdeutschen Bundesstaat. In erbittertem Wahlkampf der Parteien entscheiden letzten Endes das undemokratische Wahlsystem, die Stärke der hinter einer Partei stehenden Monopolkreise, der Umfang der eingesetzten Gelder und Propagandamittel bei gleichzeitigem offenem Terror gegen alle fortschrittlich gesinnten Kräfte über den Wahlausgang.

Allerdings haben die letzten Wahlen in einigen Bundesländern, besonders die Verluste der CDU/CSU, gezeigt, daß ein größerer Teil der Wähler als bisher mit dem Kriegs- und Revanchekurs der Bonner Machthaber nicht einverstanden ist.

An uns allen wird es liegen, für die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland das Wesen echter, sozialistischer Demokratie, das auch in unserem Wahlsystem zum Ausdruck kommt, noch sichtbarer zu machen.